# POLITIKINFORMATION OSTEUROPA

8 November 1991

### OSTEUROPÄISCHE PARTEIEN UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KOOPERATION

ENTPOLITISIERTE BEVÖLKERUNG, ZERSPLITTERTE UND INSTABILE PARTEIEN OHNE SOZIALE VERANKERUNG

Die Parteienlandschaft in Osteuropa unterscheidet sich stark zwischen den einzelnen Ländern. Gewisse Phänomene sind jedoch in fast allen Ländern zu beobachten:

- Parteienfeindlichkeit und Politikmüdigkeit nehmen zu; hierbei verbindet sich eine aus der Erfahrung mit der kommunistischen Parteidiktatur erwachsene Skepsis mit Frustrationen über den Verlauf und die Ergebnisse des Reformprozesses.

 Die Parteienlandschaft ist sehr zersplittert; in den meisten Ländern kommt keine Partei auf über 30%. Der große Konsens der

Oppositionsbewegungen ist zerbrochen.

- In allen Parteien verschieben sich die Machtverhältnisse zwischen Personen und politischen Tendenzen nicht nur in dem auch in westlichen Demokratien üblichen Ausmaß, sondern häufig so, daß sich das Profil der Parteien substantiell verändert.

- Die meisten Parteien haben keine gesellschaftliche Basis oder Verbindung zu Massenorganisationen mit Ausnahme der Kommunisten mit ihren guten Beziehungen zu den alten Gewerkschaften und der christlichen Parteien, die sich auf die Kirche stützen können.

IN OSTEUROPA KÄMPFT NICHT LINKS GEGEN RECHTS, SONDERN OFFEN-LIBERAL GEGEN AUTORITÄR-NATIONAL

Politisch-ideologisch kann man in Osteuropa kaum sinnvoll von einem Spektrum sprechen, das sich in links-rechts Richtung gliedern ließe. Relevanter dürfte die von Michnik vorgeschlagene Polarisierung zwischen konservativ-nationalistisch-autoritären und westlich-liberalen-offenen Kräften sein. Angesichts der Notwendigkeiten der Wirtschaftsreform sind im Westen typische Konfliktlinien in Osteuropa gegenstandslos, so etwa - Umfang der Staatsintervention in der Wirtschaft: hier kann es

 Umfang der Staatsintervention in der Wirtschaft: hier kann es in allen Ländern nur um ein massives Zurückfahren zugunster stärkerer Märkte gehen, um sich auch nur ansatzweise an westli-

che Verhältnisse anzunähern.

- Bindung an die Unternehmer/Kapitalisten als soziale Gruppe: diese Schicht muß erst entstehen, bevor sie sich politisch artikulieren kann. Der Staat muß ihr daher zunächst einen größeren Freiraum zu ihrer Herausbildung gewähren.

 Aufbau des Wohlfahrtsstaates: In Osteuropa geht es um die Reform der sozialen Sicherung von staatlich-betrieblichen zu gesellschaftlichen Formen, nicht um die Bändigung eines Manchesterkapitalismus vor-Bismarckscher Prägung.

> dienst referat länder EBERT

Daher finden sich sozialdemokratisch orientierte Ideen, Politiken und Persönlichkeiten in vielen politischen Strömungen Osteuropas von den Reformkommunisten bis zu den Sozialliberalen. Wenn im folgenden von Sozialdemokraten die Rede ist, so geht es um die kleinen SI-Mitgliedsorganisationen. Darüber darf man aber nicht das große, weitere sozialdemokratische Potential vergessen.

### EINE ZERSPLITTERTE MITTE BEHAUPTET SICH GEGEN KOMMUNISTEN UND NATIONALISTEN

In Osteuropa finden sich bestimmte Parteitypen in ähnlichem Umfang. Hierzu zählen:

- ein (reform-)kommunistischer Bodensatz um 5-15%, der die alte Nomenklatura und die Reformgegner organisiert, aber evtl. auch das Protestpotential der von den Reformen sozial Belasteten auf sich ziehen kann.
- sozialdemokratische Gruppen mit 0-10% leiden am schlechten Image alles Sozial-istischen und an der Schwierigkeit, ein politisches Feld zwischen sozialliberalen und reformkommunistischen Positionen zu definieren und zu besetzen.
- die Mitte der sozialliberalen bis christlich/rechten Kräfte (50%, aber zersplittert) läßt sich programmatisch kaum nach wirtschaftpolitischen, sonder nur nach Michnik-Kriterien differenzieren.
- es gibt extreme nationalistische und populistische Kräfte, die zwar noch schwach (unter 15%), aber potentiell gefährlich sind, wenn sie die Nicht-Wähler mobilisieren können.

## SCHWACHE SOZIALDEMOKRATIE DARF NICHT ZUR POSTKOMMUNISTISCHEN REFORMBREMSE WERDEN

Die osteuropäische Sozialdemokratie begann unter ungünstigen Voraussetzungen:

- alles "sozialistische/sozialdemokratische" ist weithin diskreditiert;
- Exilparteien und verschiedene Oppositionsströmungen lagen während der Gründungsphase im Streit;
- (Reform-)Kommunisten besetzten den Namen und die traditionelle Programmatik.

Angesichts meist sehr schwacher Wahlergebnisse (unter 5%) haben die Sozialdemokraten zwei Strategien versucht:

- 1. Absorption des kommunistischen Wählerpotentials durch Reformkritik und Zusammenschluß mit demokratischen Reformkommunisten (z.B. CSFR);
- 2. Anlehnung an die Oppositionsbewegung bzw. deren sozialliberalen Flügel nach ihrem Zerfall (Lipski in Polen; Battek in der CSFR).

So sinnvoll es für Sozialdemokraten sein mag, die sozialen Sorgen der Bevölkerung zu artikulieren und so der Gefahr einer Stärkung der Kommunisten oder nationalistischer Populisten vorzubeugen, so verhängnisvoll wäre es, wenn sie sich als Bremser der Reform etablierten und somit die Chancen eines demokratischen Übergangs zu einer sozialen Marktwirtschaft gefährdeten.

#### WESTLICHE KOOPERATION MUSS PARTEIENÜBERGREIFEND SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK FÖRDERN

In der SI und ihren westlichen Mitgliedsparteien gab es wegen der Schwäche und Zerrissenheit der sozialdemokratischen Organisationen entsprechende Partner-Strategien, allerdings um eine Variante erweitert, nämlich der Zusammenarbeit mit den Reformkommunisten selbst (insbesondere mit Ungarn, wo die USP in die sozialistische Fraktionsgruppe beim Europarat aufgenommen wurde). Diese Fixierung auf scheinbar leistungsfähige Partnern mit vertrautem ideologischem Etikett gefährdet die Zusammenarbeit mit allen wirklich (sozial-)demokratischen Reformkräften in Osteuropa.

Stattdessen muß die westliche Sozialdemokratie in Osteuropa eine Strategie des langen Atems entwickeln. In Osteuropa ist jetzt erst einmal der Aufbau einer Marktwirtschaft und die Entstaatlichung der Gesellschaft angesagt. Dies muß auch im Interesse der Sozialdemokratie sein, auch wenn sie im Westen historisch – unter frühkapitalistischen Bedingungen – oft entgegengesetzte Ziele vertreten hat. Im osteuropäischen Reformprozeß entfalten sich erst jetzt langsam die entscheidenden Konfliktlinien über Art und Richtung der Umstrukturierung, über die Herausbildung neuer sozialer Schichten, um die Verteilung des Produktivvermögens und der Anpassungslasten. In dem Maße, wie die Konflikte klarer werden, werden auch die Organisationen, die die widerstreitenden Interessen vertreten, stabiler.

In der Übergangsphase muß sich die Zusammenarbeit sach- und themenbezogen an allen sozialdemokratischen Persönlichkeiten und Potentialen in allen demokratischen Parteien orientieren. Sie sollte
die Kompetenz, Integrationsfähigkeit und Kooperation der reformwilligen Demokraten in Osteuropa fördern und unterstützen. Nur
wenn die Sozialdemokraten die bessere Politik für eine sozial akzeptable Reform der Staatswirtschaft und den Aufbau einer prosperierenden Marktwirtschaft anbieten können, werden sie in Osteuropa
Erfolg haben.